



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

35/2012 31.08.2012

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 279/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Ausbildung der Richteramtswärterinnen und Richteramtswärter (**Richteramtswärter/innen-Ausbildungsverordnung** – RiAA-AusbVO)

[BGBl II 280/2012 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend mit der das Verzeichnis der **harmonisierten Europäischen Normen** für **Maschinen** und für **Sicherheitsbauteile für Maschinen** aktualisiert wird

[BGBl II 282/2012](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Mindestinhalts-, Veröffentlichungs- und Sprachenverordnung** geändert wird

[BGBl II 287/2012](#)

Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der die Dienstrechtsverfahrens- und Personalstellenverordnung–Inneres erlassen wird, die 1. Waffengesetz-Durchführungsverordnung, die Namensänderungsverordnung 1997, die Personenstandsverordnung, die Pyrotechnikgesetz-Durchführungsverordnung, die Sicherheitsgebühren-Verordnung, die Sondereinheiten-Verordnung, die Uniformschutzverordnung, die Verordnung der Bundesministerin für Inneres betreffend die Übertragung des Rechtes zur Ernennung von Bundesbeamten an Leiter von Dienstbehörden erster Instanz, die Verordnung der Bundesministerin für Inneres über die Bemessung der Vergütung für besondere Gefährdung der Beamten des Exekutivdienstes, die Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 10. Jänner 1975 über die Festsetzung einer Journalistenzulage, die Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 19. März 1973 über die Festsetzung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung, die Verordnung der Bundesministerin für Inneres, mit der der Bundesrechenzentrum GmbH die Wartung und Entwicklung des Strafregisters übertragen wird, die Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 26. Feber 1987 betreffend die Übertragung von Aufgaben nach § 5 Abs. 2 Z 4 des Bundeshaushaltsgesetzes, die Verordnung des Bundesministers für Inneres betreffend die Übertragung von Buchhaltungsaufgaben, die Verordnung der Bundesministerin für Inneres betreffend die Übertragung von Aufgaben gemäß § 5 Abs. 2 Z 4 des Bundeshaushaltsgesetzes und von Buchhaltungsaufgaben gemäß § 6 Abs. 1 des Bundeshaushaltsgesetzes sowie die Verordnung der Bundesministerin für Inneres betreffend die Übertragung von Aufgaben gemäß § 7 Abs. 2 des Bundeshaushaltsgesetzes 2013 geändert werden und die Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Ausschreibung und das Aufnahmeverfahren den Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeidirektionen übertragen wird, aufgehoben wird (**Sicherheitsbehörden-Neustrukturierungs-Anpassungsverordnung** – SNAV)

[BGBl II 288/2012 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur über die **Prüfungsgebiete der Pflichtschulabschluss-Prüfung**

[BGBl III 127/2012](#)

Abkommen zwischen der **Österreichischen** Bundesregierung und der Regierung des Königreichs **Spanien** über den Austausch und gegenseitigen Schutz **klassifizierter Informationen**

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 230 v 25.08.2012, 5](#)

Berichtigung der Verordnung (EU) Nr 1178/2011 der Kommission vom 3. November 2011 zur Festlegung **technischer Vorschriften** und **von Verwaltungsverfahren** in Bezug auf das **fliegende Personal** in der **Zivilluftfahrt** gemäß der Verordnung (EG) Nr 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates

III. Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

20.06.2012, [2012/03/0080](#)

PostmarktG; Auftrag zur Anzeige erbrachter Postdienste; Legitimation zur Berufung gegen Entscheidungen der RTR-GmbH bedarf ausdrückliche gesetzliche Anordnung; Bescheide der RTR-GmbH können beim VfGH und beim VfGH bekämpft werden

31.07.2012, [2010/05/0001](#)

Oö RaumordnungsG; Unklarheiten über die Person des Antragstellers; das **örtliche Entwicklungskonzept** ist ein unselbstständiger Teil des Flächenwidmungsplans; Anordnung über die Errichtung von Funkanlagen – lediglich – im örtlichen Entwicklungskonzept ändert nichts an der normativen Verbindlichkeit gegenüber der Mitbeteiligten

31.07.2012, [2010/05/0053](#)

AVG; Antrag auf Erteilung einer Bewilligung für die Errichtung einer befestigten Wirtschaftszufahrt; **Gebührevorschreibung** nicht ausreichend begründet; Vorliegen der Voraussetzungen für die **Überwälzung von Sachverständigengebühren** auf den Bf unklar

31.07.2012, [2010/05/0162](#)

Oö BauO; maßgebend für den Inhalt einer Bauanzeige ist allein die darin dokumentierte Willenserklärung des Bauwerbers; durch die **Anzeige eines Abbruchs** hat der Bf nicht den Konsens für die **Errichtung einer Stützmauer** erworben; nur Stützmauern und freistehende Mauern bis zu einer Höhe von 1,50 m sind bewilligungs- und anzeigefreie Bauvorhaben

31.07.2012, [2011/05/0192](#)

NÖ BauO; Antrag auf **baubehördliche Bewilligung** für die Errichtung einer weiteren Wohneinheit durch Abänderung des vorhandenen Baubestandes; Anspruch auf Erteilung der Baubewilligung mit der **aufschiebenden Bedingung** der Vorlage eines Grundbuchsbeschlusses über die Vereinigung der betroffenen Grundstücke; rechtliche Überlegungen sind vom **Neuerungsverbot** nicht umfasst, sofern keine Rechtsausführungen vorgebracht werden, deren Wahrnehmung zusätzliche Sachverhaltsfeststellungen erfordern

31.07.2012, [2012/05/0005](#)

NÖ BauO; **Nachbarn** haben **Parteistellung** im Hinblick auf **baupolizeiliche Aufträge** wegen Baugebrechen oder Kon-senswidrigkeiten; Voraussetzungen für das Vorliegen von **res iudicata** aufgrund der Erledigung eines Antrags (von zwei Anträgen) der Bf nicht hinreichend begründet

31.07.2012, [2012/05/0052](#)

NÖ BauO; div **Einwendungen der Nachbarn** gegen die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Trainingscenter, Park-plätzen und Einfriedung; kein subjektiv öffentliches Nachbarrecht hinsichtlich der Verkehrsverhältnisse auf **öffentlichen Verkehrsflächen** und der damit verbundenen Immissionsauswirkungen; Baubewilligungsverfahren ist ein **Projektverfah-ren**, die Behörde geht dabei ausschließlich vom eingereichten Projekt aus

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

B. Schlussanträge

Keine Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

28.08.2012, Beschwerde Nr. [54270/10](#), *Costa und Pavan / Italien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Bf sind mögliche Überträger einer **Erb-krankheit**; Rechtslage in Italien **verbietet Präimplantationsdiagnostik**, einzig zulässige Möglichkeit besteht im medizi-nisch indizierten Abort bei Diagnose im Laufe einer Schwangerschaft; **unverhältnismäßiger Eingriff** in das Recht der Bf auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens

VI. Veranstaltungen

[Fachtagung „EU-Grundrechte-Charta und Verwaltung“](#)

29.11.2012, 09.00 bis 15.00 Uhr, JKU Linz; Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperati-on mit dem Amt der Oö. Landesregierung; Referate: Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs, Univ.-Prof. Dr. Katharina Pabel, Univ.-Prof. Dr. Harald Eberhard, Univ.-Prof. Dr. Gerhard Baumgartner

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.